Freitag, den 22. Juli 1932

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 201. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109. Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508. Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

10. Jahrg.

Nach dem Gewaltstreich in Preußen

Die Landesregierungen protestieren. — Morgen Entscheid des Staatsgerichtshofes. Die erste Amtshandlung der Papendiktatur: Beamtenentlassungen.



Dr. Bracht,

bisher Oberbürgermeister von Essen, wurde zum stellvertretenden Beauftragten des Reichskommissars für Preußen ernannt:



Generalleutnant von Rundstedt,

Befehlshaber des Wehrkreises III, auf den mit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes die **vollziehende Gewalt in Berlin und Brandenburg übergegangen ist.**

Die Reichsregierung Papen bemüht sich krampfhaft, zu beweisen, daß sie eine rechtmäßige Regierung sei. Das Volk soll nicht wissen, daß Brüning nur gestürzt und Papen ans Steuer gesetzt wurde, weil es Hitler so wollte. Die Wahrheit ist es aber, daß es ohne Hitler keinen Papen gäbe, ohne Hitler keine Notverordnung und damit auch keine Hitleruniformen. Es ist ein Pakt auf Gegenseitigkeit, wobei einer der anderen die Steigbügel hält.

Was Hitler fordert, wird im großen und ganzen von den Nazi-Baronen erfüllt. Unter Brüning kam kein Goebbels an das Mikrophon des Rundfunks. Unter Papen marschieren die Herrschaften der Reihe nach an und verzapfen ihre Phrasen. Die Bayern weigerten sich, die „Notverordnungsjacken“ und damit den Bürgerkrieg in ihr Land hineinzulassen. Tobendes Geheul und Geschimpfe über die „Separatisten“ und „Landesverräter“ — bis der Wunsch der „Braunen Häuser“ erfüllt und die Abmachung mit der Baronsregierung durchgesetzt war.

Blieb Preußen, der Hort der Demokratie! Ohne Preußen kein Drittes Reich und kein Tag ist seit dem Regierungsantrit des Kabinetts Papen vergangen, an dem nicht an irgendeiner Stelle der Hebel angesetzt wurde, um die stärkste Bastion des republikanischen Deutschland aus den Angeln zu heben. Die gesamte parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit der Hitlerpolitik galt diesem einzigen Zweck. Mit Begeisterung von der Partei des deutschnationalen Hugenberg unterstützt, vollzieht sich seit Monaten ein Hetz- und Verleumdungsfeldzug gegen die preußische Regierung und vor allem gegen die preußische Polizei. Kein Mittel war zu gering, das nicht den Zweck heiligen mußte. Selbst die Frau des Vizepräsidenten der Berliner Polizei wurde in diesen verlogensten und erbärmlichsten aller Kämpfe hineingezogen.

Wenn es in den vergangenen Jahren einen Staat in Deutschland gegeben hat, in dem Ruhe und Ordnung herrschten, Gerechtigkeit und Freiheit für alle politischen Parteien, Sicherheit und Schutz aller Staatsbürger, so war es Preußen. Was es an positiven und aufbauenden Leistungen unter seiner demokratischen und republikanischen Regierung aufzuweisen hat, steht mustergültig vor aller Welt. Auch als die Hitlergarde dank der Barone Papen-Gayl wieder auf den Straßen erscheinen durfte, haben die preußische Staatsregierung und die preußische Polizei restlos ihre Pflicht getan und sich dem Bürgerkrieg entgegengestellt. Sehr zum Aerger und Mißvergnügen all jener, denen das republikanische Preußen ein Dorn im Auge ist und die es hassen als Eckpfeiler, an dem bisher alle reaktionären, monarchistischen und volksfeindlichen Stürme abgeprallt sind

Preußen war parlamentarisch nicht zu Fall zu bringen. Deshalb mußte es von innen unterminiert werden. Die Prinzen und Barone, die Junker und Schwerindustriellen und alle Feinde des „Wohlfahrtsstaates“ brauchten Raum und Bewegungsfreiheit und wozu hatte man seinen Hitler und die SA., wozu für sie all die vielen Aufwendungen und Unkosten, wenn sie sich nicht auch noch durch Preußen verzinsen sollten?

Der wohlinszenierte Bürgerkrieg diente vor allem dem Zweck, durch Zwang zu erreichen, was bisher durch alle Wahlen und alles Parlamentstheater nicht zu erreichen war. Die täglichen Akte des Terrors gegen die Arbeiterschaft, die Unsichermachung der Straßen und des öffentlichen Lebens sollten den Nachweis liefern, daß Preußen und seine Polizei ihre Aufgabe nicht mehr erfüllt. Für dieses hinterhältige und gemeine Ziel wurden die SA.-Proleten ins Feuer gejagt, deshalb mußten täglich arme Menschen ihr Leben lassen, und wo kein Kommunist in den Arbeitervierteln auf die Provokationen hineinfiel, da wurden SA.-Leute in Zivil gesteckt, mit antifaschistischen Abzeichen und Revolvern versehen, damit diese bezahlten Provokateure die Polizei angreifen.

Der Blutsonntag von Altona war eine einzige wohlangelegte Provokation zum Sturz der preußischen Regierung. In Altona konnte die Polizei den SA.-Marsch durch die Proletarierviertel verbieten. Dann hat die Hitlerpartei toben können über Unterdrückung und zweierlei Maß. Die Polizei gestattete den Umzug, es floß Blut und wieder brüllte die ganze Meute auf der Rechten nach dem Reichskommissar für Preußen. Wie auf Befehl erschallte der Ruf. Er wurde vorbereitet und unterstützt durch ein Schreiben des Nazi-Präsidenten des Preußischen Landtags an Reichskanzler von Papen, in dem ebenfalls ein Reichskommissar gefordert wurde, „weil sich Ueberfälle und Morde von Tag zu Tag in erschreckendem Maße häuften“.

Das ganze Spiel liegt klar zutage. Erst forderte und erreichte man die völlige Demonstrationsfreiheit und die Notverordnungsjacken und als die Auswirkung dieser Politik zutage trat, wurde der Spieß umgedreht, werden die für die Blutsaat verantwortlich gemacht, die sich mit Händen und Füßen gegen ihre Ursachen gewehrt haben. Ja, die intellektuellen Urheber dieser Ursachen sollen schließlich noch die Richter über die spielen, die **sie** eindringlich aber vergeblich vor der Freigabe der Straße **an** die Notverordnungsjacken warnten.

Es gibt keinen juristischen und verfassungsmäßigen Paragraphen, der die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen rechtfertigen könnte. Der einzige Grund, den die Reichsregierung ins Feld führen kann — das, was sie sagt, sind Ausflüchte —, ist der Wunsch und das heiße Bemühen der „Braunen Häuser“ und ihrer Auftraggeber: **Preußen in eine Nazikolonie zu verwandeln, Posten und Aemter freizumachen für die hungrige Nazimeute und deren Stellenjäger.**

Das Spiel der Nazi und ihr Zusammenspiel mit der Baronsregierung ist klar.

Sie wollen die Herrschaft für den Nationalsozialismus aufbauen, sie wollen mit faschistischer Diktatur das deutsche Volk regieren.

Der „legale“ Staatsstreich.

Die Verordnung des Reichspräsidenten, durch die die Handlungen v. Papens „legalisiert“ werden sollten, lautet:

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf militärische Befehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erfoderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

Wer durch Zuwiderhandlungen nach Abs. 1 eine Gemeingefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, und — wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen — mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister für Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit der Verkündigung in Kraft.

•

Die Ausübung des Belagerungszustandes wird in der Praxis kaum zu unterscheiden sein von einer richtigen Diktatur. Das preußische Parlament ist natürlich vollkommen ausgeschaltet, und für absehbare Zeit plant man wohl kaum eine Hinzuziehung des Parlaments zu den Regierungsgeschäften oder die Schaffung einer neuen parlamentarischen Regierung. Vollkommen diktatorisch ist der Paragraph 1 der Standrechtsverordnung gehalten, denn er setzt die Bestimmungen der Verfassung über die preußische Freiheit, die freie Meinungsäußerung, die Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, das Brief-, Telephon- und Telegraphengeheimnis außer Kraft. Ebenso wird die Unantastbarkeit des Wohnungs- und Privateigentums außer Kraft gesetzt. Man erwartet für die nächsten Stunden oder spätestens für morgen noch eingehende Verordnungen in bezug auf die Pressefreiheit. Die Regierung

wird es zweifellos für notwendig halten, die Presse unter eine gewisse Kontrolle zu stellen und möglicherweise auch die militärische Zensur einzuführen. Die gesamte vollziehende Gewalt steht unter dem Kommando des Reichswehrministers. Eine ganze Reihe von Verbrechen und Vergehen wird in der Standrechtsverordnung mit dem Tode bedroht.

Weitere Amtsenthebungen.

Berlin, 21. Juli. Die abgesetzten preußischen Minister, mit Ausnahme von Severing, der gestern gewaltsam seines Amtes enthoben wurde, erschienen heute morgens um 8 Uhr in ihren Amtsbüros, um gegen die Anordnungen der Reichsregierung zu protestieren.

Um 9 Uhr erschienen aber Reichswehroffiziere und forderten im Namen des Innenkommissars Dr. Bracht die Minister zum Verlassen der Amtsräume auf.

Die Minister traten hierauf im preußischen Wohlfahrtsministerium zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der Lage zu befassen.

Inzwischen hat der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen Dr. Bracht auch an die übrigen Mitglieder der preußischen Regierung, die ihrer Aemter enthoben sind, aber ihre Aemter noch nicht übergeben haben, die Anfrage gerichtet, durch welche Gewaltmittel sie ihrer Aemter enthoben zu werden wünschen.

Die ihrer Aemter enthobenen preußischen Minister Schmidt (Zentrum), Grimme (Sozialdemokrat) und Klepper (Sozialdemokrat) sind nunmehr freiwillig von der Ausübung ihrer Aemter zurückgetreten. Die Minister Schreiber (Staatspartei), Steiger (Zentrum) und Hirtsiefer (Zentrum) haben, wie Severing erklärt, nur der „Gewalt" weichen wollen und sich somit in offenem Gegensatz zu der Verordnung des Reichspräsidenten gesetzt. Die Demonstration der „Gewaltanwendung" bzw. „Gewaltandrohung" wird daher noch am heutigen Tage vor sich gehen.

Staatssekretäre treten zurück.

Berlin, 21. Juli. Der stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht hat heute die Leitung des preußischen Innenministeriums übernommen.

Die preußischen Staatssekretäre Dr. Stauderer, Krüger, Abegg und Weismann sind zurückgetreten. Ministerialdirektor Ernit ist Staatssekretär im preußischen Handelsministerium geworden.

Die Landesregierungen protestieren.

München, 21. Juli. **Ministerpräsident Held hat in einem Telegramm an Reichspräsident und Reichskanzler gegen die Einsetzung eines Reichskommissars und Amtsenthebung von Landesministern Rechtsverwahrung eingelegt und beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Entscheidung der Rechtsanfrage beantragt.**

Karlsruhe, 21. Juli. Die badische Staatsregierung hat beim Staatsgerichtshof in Leipzig Klage gegen die gestrigen Maßnahmen der Reichsregierung erhoben.

Stuttgart, 21. Juli. Die württembergische Regierung hat zu der Frage der Einsetzung des Staatskommissariats für Preußen an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler Schreiben gerichtet.

Konferenz mit den Landesregierungen.

Stuttgart, 21. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Reichskanzler v. Papen hat die Ministerpräsidenten der Länder auf Sonnabend zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Die Parteien zu den Ereignissen.

Berlin, 21. Juli. Parteivorstand und Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei haben in einem Beschluß gegen das Vorgehen der Reichsregierung Protest erhoben.

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags ist für Freitag vormittag zu einer Sitzung einberufen worden, um die Ereignisse in Preußen zu besprechen.

Die abgesetzten preußischen Minister, die der Zentrumspartei angehören, werden an der Sitzung teilnehmen.

Die Reichsparteileitung der deutschen Volkspartei betont in einer Erklärung, daß die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen nach Lage der politischen Verhältnisse nicht zu vermeiden gewesen sei.

Die Gewerkschaften beraten.

Berlin, 21. Juli. Der Zentralausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf die Nachricht von der Ernennung des Reichskommissars und der Verhängung des Ausnahmezustandes sofort eine dringende Sitzung zusammengerufen, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten.

Das Ergebnis dieser Sitzung war, daß zunächst für Donnerstag die Vertreter sämtlicher dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände telegraphisch nach Berlin berufen worden sind. In einer gemeinsamen Sitzung sollen dann weitere Entschlüsse gefaßt werden.

Außerdem sind die Gewerkschaftsführer noch am Mittwoch mittags mit den Betriebsarbeitern in Verbindung getreten, um sie vor unbedachten Schritten zurückzuhalten. Sie haben die Arbeiterschaft zur Wahrung der Ruhe und Ordnung aufgefordert und die Parole ausgegeben, wilden Streikaufforderungen keine Folge zu leisten.

Am Mittwoch tagte auch der Hauptvorstand der Sozialdemokratischen Partei. Die Vorstände aller Reichsorganisationen sind zu einer entscheidenden Sitzung nach Berlin einberufen.

Essen gegen seinen Bürgermeister.

Essen, 21. Juli. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gab zur Beurlaubung des Oberbürgermeisters Dr. Brachts, der zum preußischen Innenkommissar ernannt wurde, eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Angesichts der großen Aufgabe, die der Stadt Essen bei dieser kritischen Zeit oblägen, sei es unerträglich, wenn ein Verwaltungsleiter längere Zeit abwesend sei. Diese Tatsachen sollten die Stadtverordneten veranlassen, der Beurlaubung des Oberbürgermeisters ein entschiedenes Nein zu setzen.

Diktaturgelüste der hessischen Nazis.

Darmstadt, 20. Juli. Der hessische Landtag ist auf Donnerstag, den 28. Juli, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein nationalsozialistischer Antrag auf Aenderung der Verfassung. Danach soll künftig das Gesamtministerium nur noch aus dem Staatspräsidenten bestehen. Außerdem beantragten die Nationalsozialisten Verhängung des Ausnahmezustandes in Hessen

Heute Entscheid des Staatsgerichtshofes.

Leipzig, 21. Juli. **Die Klage der preußischen Regierung gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ist beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig eingegangen. Die Klage ist durch Ministerialdirektor Dr. Bodt dem Staatsgerichtshof überbracht worden. In der Klage wird der Erlaß einer einstweiligen Verfügung gefordert.**

Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof ist auf Sonnabend, den 23. Juli, 10.30 Uhr festgesetzt worden.

Zu der Terminfestsetzung für die Entscheidung über die einstweilige Verfügung in der Klage der alten preußischen Regierung gegen die Reichsregierung ist folgendes mitzuteilen:

Wenn durch Erlaß einer einstweiligen Verfügung im Sinne des Antrags der preußischen Regierung der Reichsregierung untersagt werden sollte, weitere Maßnahmen zu treffen, so wird die Entscheidung zur Hauptsache sehr lange verzögert werden, denn prozeßrechtliche Bedingungen, die der Staatsgerichtshof beachten muß, verlangen, daß zunächst die Termine festgesetzt werden für die Einreichung von Schriften für die Beantwortung der Klageschrift, für Aeußerungen der Beteiligten usw., so daß damit zu rechnen ist, daß zur Hauptsache der Klage erst nach den Gerichtsferien verhandelt werden kann.

Es kommt aber darauf an, ob der Staatsgerichtshof dem preußischen Antrag überhaupt nachkommt.

Strafantrag gegen Grzesinski, Weiß und Heymannsberg.

Berlin, 21. Juli. **Gegen Polizeipräsident Grzesinski, seinen Stellvertreter Dr. Weiß und den Polizeikommandant Heymannsberg ist auf Grund des Paragraphen 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg von den zuständigen Stellen Strafantrag gestellt worden.**

Der Par. 3 sieht für Zuwiderhandeln gegen die Anordnungen des Militärbefehlshabers Gefängnis- oder Geldstrafe bis zu 15 000 Reichsmark vor.

Der Wortlaut des Strafantrags, den der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg an den Generalstaatsanwalt am Landgericht Berlin II gerichtet hat, ist:

„Der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, der bisherige Vizepolizeipräsident Dr. Weiß und der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei Heymannsberg in Berlin haben der von uns als Inhaber der vollziehenden Gewalt der an sie gerichteten Aufforderung, sich jeder weiteren Diensttätigkeit zu enthalten, keine Folge gegeben und haben dadurch gegen Art. 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg verstoßen.

Ich ersuche, gegen die Genannten strafrechtlich einzuschreiten und von dem Ausgang des Verfahrens mir Mitteilung zu machen.

Die Tatsache, daß sie nach erfolgter Verhaftung der Anordnung nachgekommen sind, ändert nicht, daß sie sich strafbar gemacht haben."

Die erste Amtshandlung der Kommissarregierung:

Pensionierung von Ministerialbeamten.

Berlin, 21. Juli. Unter Vorsitz des Reichskommissars für Preußen fand heute eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt; es wurden verschiedene Personalfragen zur Erledigung gebracht. U. a. wurden 24 preußische Ministerialbeamte unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort in den Ruhestand versetzt.

Und die Arbeitslosigkeit ...

Berlin, 21. Juli. Die Zahl der Arbeitserwerbslosen in Preußen beträgt 1 552 131, also rund 43 000 mehr als im Mai.

Besondere Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei?

Berlin, 21. Juli. Große Erregung herrscht innerhalb der Kommunistischen Partei, die wohl allen Grund zu der Annahme hat, daß die nächsten Taten der preußischen Kommissarregierung ihr gelten werden. In sämtlichen Kundgebungen der Regierung aus den letzten Tagen und auch die Erläuterungen zur Verhängung des Ausnahmezustandes zeigen, daß die Reichsregierung vor allem die Kommunistische Partei für alles, was in Deutschland geschehen ist, verantwortlich macht, so daß man wohl annehmen kann, daß die Reichsregierung tatsächlich weitgehende Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei plant.

Die dramatische Unterredung.

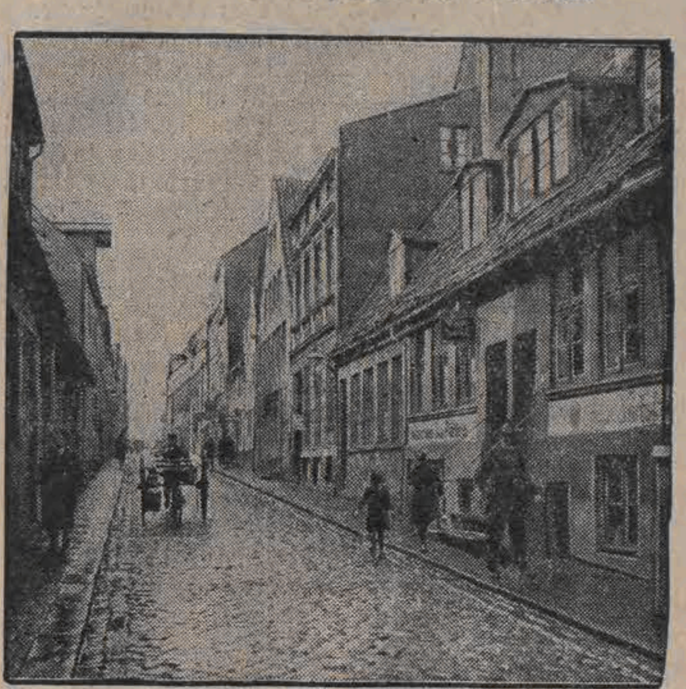
Berlin, 21. Juli. Die Unterredung des Reichskanzlers v. Papen mit dem stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten Hirtsiefer und dem Innenminister Severing am Mittwoch gestaltete sich außerordentlich lebhaft.

Als Reichskanzler v. Papen den beiden preußischen Ministern offiziell seine Ernennung zum Staatskommissar ankündigte und mitteilte, daß der preußische Ministerpräsident Braun bereits seines Amtes enthoben sei, protestierten die beiden preußischen Minister auf das heftigste gegen die Maßnahme der Reichsregierung, die sie als „krassen Verfassungsbruch" darstellten. Es liege nicht der geringste Grund zu einem derartigen Vorgehen vor.

Die Minister konnten mit Recht darauf hinweisen, daß nicht nur die jetzige Regierung keine Mehrheit im preußischen Landtag habe, sondern auch keine wie immer geartete andere Regierung bei der heutigen Parteizusammensetzung über eine Mehrheit verfügen würde. Wenn die Reichsregierung sich auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung berufe, indem sie die preußische Regierung absetzt, so müsse darauf hingewiesen werden, daß Maßnahmen der Reichsregierung es waren, durch die die Ruhe und Ordnung auf den Kopf gestellt wurde, nämlich die Wiederherstellung der SA und der Uniform- und Demonstrationsfreiheit. Man möge der preußischen Regierung die Polizeihoheit wiedergeben, so werde sie sofort die Ruhe und Ordnung wieder herstellen können. Reichskanzler v. Papen erklärte, es handle sich um bereits feststehende unwiderrufliche Beschlüsse.

Die beiden Minister entfernten sich hierauf mit der Erklärung, sie würden nur der Waffengewalt weichen. Es seiihre Pflicht, im Amte zu bleiben und mit allen Mitteln die preußische Verfassung, für die sie verantwortlich seien, gegen jeden Angriff zu schützen.

Das 17. Todesopfer in Altona.



Altona, 21. Juli. In Altona ist das 17. Todesopfer der Sonntagsunruhen zu verzeichnen. Es handelt sich um den 23jährigen Erwin Geß, der seinen Verletzungen erlegen ist. Unser Bild zeigt eine Straße in Altona, wo die blutigen Unruhen am vergangenen Sonntag stattfanden.

Die Zahl der Opfer des Bürgerkrieges hat sich seit Dienstag auf 107 erhöht. Die Zahl der Verwundeten betrug bis Dienstagabend 1170.

„Rote Fahne" nicht erschienen.

Berlin, 21. Juli. Die „Rote Fahne", die gestern nachmittag ein Flugblatt herausgegeben hatte, das konfisziert wurde, ist heute früh nicht erschienen

Weltreichskonferenz eröffnet.

Ottawa, 21. Juli. Unter Entfaltung großen militärischen Prunkes wurde am Donnerstag die Wirtschaftskonferenz des englischen Weltreiches von Lord Beßborough, dem Generalgouverneur von Kanada, im Parlamentsgebäude von Ottawa eröffnet.

Der Generalgouverneur wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß diese Konferenz vielleicht die wichtigste für das englische Reich sei, die bisher stattgefunden habe.

Er verlas dann eine Botschaft des englischen Königs, in der es heißt, daß das englische Weltreich sich auf dem Grundsatz der Zusammenarbeit aufbaue und daß die Konferenz die nutzbringenden Kräfte des Weltreiches in Bewegung bringen und damit auch der Welt einen neuen Anstoß auf dem Wege zur Wohlfahrt geben solle.

Der kanadische Ministerpräsident Bennett sprach den Dank der Versammlung aus, deren Mitglieder sich (einschließlich der Iren) erhoben und einer Antwortadresse an den König zustimmten. Kanada, so sagte Bennett, wolle England eine Erweiterung der Zollfreiliste, die Beibehaltung der bisherigen Vorzugszölle und ihre Vermehrung durch eine Sonderliste von Artikeln vorschlagen, die England ohne Schädigung der kanadischen Industrie besonders gut an die kanadischen Märkte liefern könne. Als Gegenleistung erwarte Kanada von England die Beibehaltung der bestehenden Vorzugszölle und eine erweiterte Anwendung auf kanadische Natur- und Handfertigfabrikate, die England einführe.

Im Namen der englischen Regierung betonte Baldwin die große Erwartung, die man im ganzen englischen Weltreich auf die Konferenz setze. Die wirkliche Bedeutung von Ottawa liege darin, daß man an dem Punkte angekommen sei, wo sich die Wege trennten. Der eine führe zur Entwicklung der rein nationalen Interessen, der andere aber zu einer engeren Einheit des Weltreichs. 70 Prozent des Weltreichshandels wickelten sich noch mit dem Auslande ab und nur 30 Prozent entfallen auf den Handel innerhalb des Weltreichs. Offensichtlich böte sich reichlich Gelegenheit zur Verminderung des Weltreichshandels. Die Wiederbelebung könne vielleicht schneller kommen als man glaube. Wenn ein jeder zur gemeinsamen Sache das beitragen wolle, was ohne Schädigung der nationalen Interessen geschehen könne, müsse sich das letzten Endes in einer Verminderung des Weltreichshandels auswirken. Das sei angesichts der Weltkrise die wichtigste Frage der Konferenz. Die Erklärung werde sich wohltuend auf dem Welthandel und die Preise der Rohmaterialien auswirken. Hierzu sei vor allem die Wiederherstellung des Vertrauens nötig. Zu diesem Zweck müßten die bestehenden Handelsschranken, insbesondere die störenden Kontingentierungssysteme und Währungsbeschränkungen beseitigt werden. Dies habe wiederum die Lösung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage und eine Erleichterung der Besteuerungen und der Zinslasten zur Voraussetzung.

Anschließend an die Rede Baldwins legten die Vertreter der Dominien und Indiens ihren Standpunkt dar. Der australische Außenminister Bruce betonte u. a. die Bedeutung der Lausanner Konferenz, deren Arbeit in Ottawa und auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz fortgesetzt werden müsse, um eine allmähliche Hebung der Weltwarenpreise und eine Verminderung der Bürde der Schuldnerstaaten zu bringen.

Irische Sonderzölle auf englische Waren.

Dublin, 21. Juli. Im Freistaat Irland werden die Sonderzölle auf englische Wareneinfuhr voraussichtlich morgen in Kraft treten, nachdem gestern auch die erste Kammer des irischen Parlaments diesem Gesetzentwurf zugestimmt hat. Die Sonderzölle Irlands auf englische Waren sind als Gegenmaßregel gedacht für die Erschwerung der Ausfuhr Irlands nach England durch die englische Gesetzgebung.

Der ganze Zollkonflikt ist eine Folge der politischen Spannung zwischen England und Irland. Diese Spannung ist entstanden durch das Bestreben der irischen Regierung, größere Selbständigkeit gegenüber England zu erlangen. Einen Schrit hierzu soll die Abschaffung des Treueides bilden, den bisher die irischen Parlamentarier dem englischen König zu leisten haben. Das irische Abgeordnetenhaus hat der Abschaffung des Treueides, die von der irischen Regierung vorgeschlagen wurde, schon zugestimmt.

Die erste irische Kammer, der Senat, hat dagegen in seiner gestrigen Sitzung seine Abänderungsvorschläge zu dem Gesetzentwurf über die Abschaffung des Treueides aufrechterhalten, so daß das Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Dauer von 1½ Jahren ausgesetzt ist. Nach Ablauf dieser Frist tritt dann das Gesetz in der von der zweiten irischen Kammer vorgeschlagenen Form in Kraft.

Um die Vertagungsentschließung der Abrüstungskonferenz.

Genf, 21. Juli. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz setzte am Donnerstag nachmittag in stundenlangen Reden die Durchberatung der Vertagungsentschließung Beneschs fort. An der Beratung und Abstimmung nahmen die Vertreter Deutschlands und Italiens nicht teil.

Bei der Beratung des 2. Teiles der Benesch-Entschließung über die Luftrüstungen forderte der schweizer Bundespräsident Motta im Namen der 9 Mächte: Belgien, Dänemark, Spanien, Norwegen, Holland, Polen, Schweden, Tschechoslowakei und Schweiz in einer großen Rede die unbedingt notwendige vollständige Abschaffung des Bombenabwurfs während der 2. Phase der Abrüstungskonferenz. Der englische Außenminister Simon erklärte, daß eine Abschaffung der Militärluftfahrt und ein Verbot des Bombenabwurfs ohne gleichzeitige internationale Kontrolle der Zivilluftfahrt ausgeschlossen sei. Der Vertreter Ungarns Graf Apponyi lehnte gleichfalls den vorliegenden Text des Abkommenentwurfs ab. Litwinow brachte einen Abänderungsentwurf ein, der im scharfen Gegensatz zu der Benesch-Entschließung das vollständige Verbot der Militärluftfahrt fordert.

Das Ergebnis der 5stündigen Aussprache zeigt, daß unter dem Einfluß Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten die Mehrheit des Ausschusses entschlossen ist, den Vertagungsantrag Beneschs in der vorliegenden Form anzunehmen. Durch das rein geschäftsordnungsmäßige Manöver sind ferner die auf dem Hooverplan aufgebauten sowjetrussischen Anträge abgewiesen worden.

Zur Umbildung der italienischen Regierung

Rom, 21. Juli. Der bisherige italienische Außenminister Grandi ist zum italienischen Botschafter in London ernannt worden. Zum Kabinettschef des Außenministeriums, das bekanntlich Mussolini selbst übernommen hat, ist der bisherige Botschafter in Ankara Baron Aloisi ernannt worden.

Mussolini begab sich heute früh in den Palaco Chigi, wo er die Leitung des Außenministeriums übernahm. Die Uebergabe erfolgte durch den früheren Außenminister Grandi. Mussolini empfing sodann den neuen Unterstaatssekretär Suvich und die neuen Generaldirektoren. Hierauf übernahm Mussolini das Korporationsministerium.

Ueber die Umbildung der italienischen Regierung hat sich der italienische Ministerpräsident selber geäußert. In einer Unterredung mit einem französischen Pressevertreter wandte sich Mussolini gegen die Behauptung, daß eine Aenderung der bisherigen Außenpolitik Italiens beabsichtigt sei. Im faschistischen Staat bestehe der Grundsatz, von Zeit zu Zeit Führer zu wechseln. (Wie in jeder Diktatur! Die Red.) Eine derartige Umbesetzung habe den Vorteil, daß dadurch junge Leute politisch herangebildet würden, die dann jede Zeit als Führer in die Regierung hereingenommen werden können. Ueber die Tätigkeit der aus dem Amte geschiedenen Minister äußerte sich Mussolini sehr anerkennend und teilte mit, daß er jedem dieser Politiker mit neuen Posten betrauen wird. Besonders anerkennend sprach er von der Tätigkeit des bisherigen Außenministers Grandi.

Einigung in der Stickstoffindustrie.

Berlin, 20. Juli. Die seit einiger Zeit in London geführten Verhandlungen zwischen Vertretern der chilenischen und der europäischen Stickstoffindustrie sind heute beendet worden. Es ist gelungen, eine Einigung über die Grundlagen einer vorläufigen Verständigung herbeizuführen.

Amerikas Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Neuyork, 20. Juli. In den Vereinigten Staaten wird die Unterzeichnung des vom Parlament angenommenen Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von verschiedenen Staaten mit Ungeduld erwartet. Dieses Gesetz erlangt erst mit der Unterzeichnung durch den amerikanischen Präsidenten Gesetzeskraft. Von den insgesamt 48 amerikanischen Staaten haben sich bereits 11 an die amerikanische Bundesregierung mit dem Gesuch gewandt, ihnen auf Grund des Gesetzes eine Anleihe zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu gewähren, bei denen Arbeitslose beschäftigt werden sollen.

Der Oustric-Bestechungsprozeß.

Paris, 20. Juli. Die Pariser Anklagekammer hat am Dienstag beschlossen, den Bankier Oustric und den früheren Direktor der Pariser Gerichtspolizei Benoist wegen privater und passiver Beamtenbestechung vor das Schwurgericht zu zitieren. Unter den in der Oustric-Bank beschlagnahmten Papieren befindet sich ein Kassenbeleg über die Summe von 17 200 Franken, die dem Direktor der Gerichtspolizei für vertrauliche Auskünfte ausgezahlt worden waren.

Neue Erdstöße auf Sachalin.

Aus Moskau über Kowno wird gemeldet: Nach einem Funkspruch wurde die Insel Sachalin am Mittwoch von einem starken Erdbeben heimgesucht. Mehrere Häuser wurden zerstört. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

40 Millionen Defizit im Juni.

88,7 Millionen im 1. Budgetquartal.

Die Staatseinnahmen betrugen im Monat Juni 148 Millionen Zloty, die Ausgaben dagegen 188 Millionen, so daß sich für diesen Monat ein Fehlbetrag von 40 Millionen Zloty ergibt. Im Mai betrugen die Staatseinnahmen 175,3 Millionen Zloty, die Ausgaben 189,9 Millionen. Im Vergleich zu Mai sind also die Einnahmen im Juni um 27 Millionen geringer geworden, die Ausgaben dagegen um kaum 2 Millionen (!).

Im ersten Viertel des Budgetjahres (April-Mai-Juni) betrugen die Staatseinnahmen insgesamt 518,2 Millionen Zloty, die Ausgaben 576,9 Millionen. Dazu kommen noch 30 Millionen, die die Regierung im April d. Js. bei der Bank Polski aufgenommen hat, so daß sich das Defizit im Staatsbudget für das erste Budgetquartal auf 88,7 Millionen Zloty beläuft.

Anmeldung der Arbeitslosigkeit.

Im Zusammenhang mit der Inkrafttretung des neuen Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung gibt das Arbeitsministerium bekannt, daß die Anmeldung der Arbeitslosigkeit in dem Arbeitsvermittlungsamt zu erfolgen habe, im Bereiche dessen der Arbeitslose seit mindestens 3 Jahren wohnhaft war.

Auch die Lotterie wird militarisiert.

Wie wir erfahren, soll in den nächsten Tagen der Generaldirektor der polnischen Staatslotterie, Jakubowski, von seinem Amt zurücktreten, der als gewesener Staatsanwalt ein Notariat zugewiesen erhalten soll. An seiner Stelle wird zum Generaldirektor der Staatslotterie Oberst Stanislaw Mazur aus Lemberg berufen werden.

Die Lotterie war bisher die einzige staatliche Institution, die nicht einen Obersten zum Leiter hatte. Nun hat auch sie „ihren" Mann.

Neue Rechtsprechung für Minderjährige

Im Gerichtswesen für Minderjährige soll die Neuerung eingeführt werden, daß es bei Ueberfüllung der Strafanstalten für Minderjährige gestattet sein wird, die verurteilten Minderjährigen unter der Obhut der Eltern oder Vormunde auf dessen Verantwortung hin zu belassen.

Neue Verschärfung der Danzig-polnischen Spannung.

Scharfe Note des polnischen diplomatischen Vertreters.

Der „Gazeta Gdanska" zufolge hat der polnische diplomatische Vertreter des bekannten Vorfalls in Pieckel, wo es bei dem Anlegeversuch eines polnischen Dampfers zu erregten Szenen kam, eine Note an den Danziger Senat gesandt, in der er den Vorfall ganz entgegengesetzt der Danziger Darstellung schildert. Er behauptet, daß der Dampfer von den Danziger Zollbehörden die Erlaubnis zum Anlegen erhalten hätte, und daß die Polizei die auf der Brücke wartenden Polen brutal behandelt und mit Beleidigungen überhäuft hätte.

Dem polnischen Blatt zufolge verlangt der diplomatische Vertreter von dem Senat, daß er die verantwortlichen Danziger Beamten zur Rechenschaft ziehe, und fordert eine Entschädigung für den Leiter des Ausfluges in Höhe von 700 Zloty. Gleichzeitig wird die Herausgabe von Verordnungen verlangt, daß Ausflügler, die in der nächsten Zeit die Absicht hätten, sich nach Pieckel zu begeben, ungehindert dort landen könnten. Dem Schreiben des diplomatischen Vertreters sollen auch Photographien beigefügt sein, die ein Bild des Verhaltens der Danziger Polizeibeamten geben sollen.

Der Ton der Note erscheint auch nach der kurzen Inhaltsangabe der „Gazeta Gdanska" außerordentlich scharf.

Noch einmal Gorgonow-Prozeß.

Gestern verhandelte das Oberste Gericht über die Kassationsklage gegen das Urteil des Lemberger Geschworenen-Gerichts im Prozeß gegen Frau Gorgonow, die bekanntlich von diesem Gericht wegen Mordes an der 16jährigen Elzbieta Zaremba zum Tode verurteilt wurde. Die Kassationsverhandlung dauerte gestern den ganzen Tag bis zu später Nachtstunde. Nach den Reden der Verteidiger forderte der Staatsanwalt die Abweisung der Kassationsklage. Um 8 Uhr abends begab sich der Gerichtshof zur Beratung, die bis um 11.30 Uhr abends dauerte. Um 11.30 Uhr verkündete das Gericht das Urteil, wonach der Berufungsklage stattgegeben und die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an das Krakauer Bezirksgericht überwiesen wird. In der Begründung heißt es, daß sich das Lemberger Gericht bei der Urteilssprechung Verfehlungen gegen Art. 48, 358, 411, 366 und 367 des Strafgesetzbuches habe zuschulden kommen lassen.

Ueberfall auf Otto Bauer.

Wien, 21. Juli. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Otto Bauer ist im Finanzausschuß des Nationalrates durch einen Roheitsakt des Heimwehrabgeordneten Hainzl erheblich am Kopf verletzt werden.

Hainzl, der schon einmal in offener Parlamentssitzung einen Revolver gezogen hat, sprang von seinem Sessel auf, packte einen porzellanenen Streichholzständer und schleuderte ihn mit voller Wucht aus kaum zwei Metern Entfernung gegen Dr. Bauers Kopf. Bauer erlitt eine stark blutende Rißwunde. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder stürzten sich auf Hainzl, der auf der Stelle gezüchtigt worden wäre, wenn ihn nicht Christlichsoziale geschützt hätten. Dr. Bauer wurde von seinen Freunden in das Verbandszimmer geleitet und dort verbunden.

Gegen den Abgeordneten Hainzl ist vom Präsidenten Dr. Renner Strafanzeige erstattet worden.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101

Das indische Fest

Roman von Hedwig Teichmann

[46

Frau Toni starrte in den strömenden Regen. Ein unangenehmer Empfang! Hoffentlich keine üble Vorbedeutung!

Mit heimlichem Stolz sah Frau Fleur auf Toni. Wie wunderhübsch und elegant sie aussah! Die würde die Männerwelt Schönaus aufrütteln und ihr Blut in Gang bringen, gründlicher, als es die beste Massage imstande war.

Ein Auto fuhr in raschem Tempo vor. Toni, die um das Stationsgebäude herumgegangen war, sah es zuerst und war der Meinung, daß es das aus dem Hotel sei. Mit herrischer Gebärde winkte sie es heran und befahl:

„Tragen Sie die Koffer her — wir warten schon so lange!“

Der Chauffeur sprang herab und sah erstaunt auf die schöne, fremde Erscheinung. Dann glitt ein Lachen über das runde, rosige Gesicht des Mannes.

„Ja — sofort — einen Augenblick! Nehmen Sie, bitte, unterdessen Platz!“

Toni winkte einem Bahnbediensteten, der die Koffer brachte und verstaute. Der Chauffeur war im Stationsgebäude verschwunden.

Frau Fleur kam erstaunt herbei und betrachtete ehrfürchtig das große, schöne Fahrzeug.

„Für uns? Aber das ist nicht aus dem Hotel —“

„Kommen Sie jetzt nur, Frau Fleur — das ist egal — es regnet in Strömen — wir haben keine andere Wahl!“

Sie setzten sich und brachten Taschen und Täschchen unter. Da war auch schon der lustige, behäbige Chauffeur zur Stelle und meldete lachend:

„So — nun kann's losgehen. Wohin, meine Damen?“

Frau Fleur nannte die Gasse. „Oh, so weit? Nun, macht zufällig nichts — ich habe den gleichen Weg.“

Der Wagen sauste davon, und Frau Fleur sagte betreten: „Das ist gar kein Chauffeur — das ist das Auto von einem Gutsbesitzer —“

Müde versetzte Toni:

„Ach, was schadet das? Wenn er uns nur heimfährt.“

Als der Wagen vor Frau Fleurs neuem, kleinem Hause in einer ziemlich unbebauten Gegend hielt, riß sogleich der Chauffeur den Schlag auf und meldete die glückliche Landung. Lachend steckte er das Trinkgeld ein, das Toni ihm reichte.

Bevor Toni ihrer Gastgeberin folgte, wandte sie sich in der Haustür noch einmal um. Da stand der Mann noch, legte lachend die Hand an die Mütze und sah Toni nach, bis sie im Hausflur verschwunden war.

* * *

Für Toni war das Leben in der kleinen Stadt neu und reizvoll. Nach dem bewegten Ehejahr und dem unruhigen Wanderleben umfing die Stille ihre Sinne wie eine linde, besänftigende Hand. Draußen vor den Mauern brannten die Wälder in letzter Glut, loderten wie Flammengarben die purpurnen, grünen und gelben Kronen der Alleen. Unter dem weißen Schleier der Abendnebel träumten die dunklen Forste, auf den frisch gepflügten Furchenkämmen der Felder saßen Krähen und hüpften froh auf der Erde herum, die wie gegossenes Erz glänzte.

Am Abend saß Toni gern am Fenster und sah zu, wie im Westen das Riesenfeuerwerk der untergehenden Sonne abgebrannt wurde, während der Mond schon blaß und bleich wie ein verlebter Nachtwandler am Himmel schwamm.

Das Häuschen Frau Fleurs stand inmitten von Gärten, die ebenso kleine, frisch gebaute Häuschen umschlossen. Sie waren erst neu angelegt und verrieten noch den vormaligen Acker.

Frau Fleur hatte das größte Stück erworben.

„Viel zu groß für mich!“ pflegte sie klagend und doch mit geheimem Stolz zu sagen.

Toni ging in dem werdenden Garten umher und riet zu diesem und jenem. Aber Frau Fleur wollte von großen Auslagen nichts wissen. Ein paar Bäume, Beete mit Gemüse, etwas Obst — sonst nichts.

Toni hatte sich in diesen Tagen, da sie still die bunte Entwicklung des Herbstes betrachtete, bemüht, einen dicken Strich unter ihr altes Leben zu ziehen, einen doppelten aber durch die alte Liebe. Sie war ihr Verhängnis. Das Wiedersehen in Karlsbad hatte alles geweckt, was schon halb eingeschlafen gewesen war. Die Beschämung, die sie erlitten hatte, war wie eine bittere Arznei, deren Genesung bringende Wirkung sie hier abwarten wollte. Nichts mehr hören, nie mehr fragen und forschen, alles mußte endgültig ausgelöscht sein.

Vorläufig hatte sie dies Asyl hier gefunden, besaß einen Menschen, mit dem sie sprechen konnte, über den sie sich heimlich belustigte und der doch an ihr hing mit ein klein wenig Neigung und Mütterlichkeit.

Sie zahlte Frau Fleur für diesen Aufenthalt sehr freigebig und genoß dafür Heimat, Traulichkeit und Behagen.

Am Abend, wenn die elektrischen Lampen aufflammten, gingen die beiden Frauen zur Stadt, machten Einkäufe in den bescheidenen Läden und landeten gewöhnlich in der besten Konditorei des Ortes.

Tonis liebster Weg war der zum Buchhändler. Eine heiße Leseleidenschaft hatte sie ergriffen. Sie kaufte und bestellte Bücher und stürzte sich daheim im warmem Zimmer in die verworrenen Schicksale fremder Menschen, während Frau Fleur in einem sehr bequemen Schlafrock am Tische saß, Süßigkeiten naschte und ihrer alten Leidenschaft, dem Kartenlegen, frönte. Meist tat sie das für Toni allein; aber sie wagte es nicht, der jungen Frau die Wege anzudeuten, die sie noch gehen mußte.

Ein Spottlachen wäre ihr Lohn gewesen.

Manchmal flitzte das große, schwarze Auto vorbei, das sie von der Bahn hergebracht hatte. Frau Fleur hatte es natürlich längst herausbekommen, wer der „Chauffeur“ gewesen war: der Gutsherr Erben, Besitzer des schönen Gutes Erbenhof.

(Fortsetzung folgt.)





Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute Premiere „Aze“

Sommertheater im Staszic-Park: Heute „Skandal im Paradies“

Populäres Theater, Ogrodowa 18. Sonnabend: Gastspiel Warschauer Schauspieler „Warschau grüßt euch“

Capitol: Wenn die Frau schön ist

Corso: Das Panzerauto — Weil ich dich liebe

Casino: geschlossen

Grand-Kino: Für die Sünden des Bruders

Luna: geschlossen

Oświatowe: Kellnerinnen und Wolkenkratzer

Palace: Artisten

Przedwiośnie: Schacht L. 23

Rakieta: Liebhaber um Mitternacht

Splendid: Die Tragödie auf Mont Blanc

Tagesneuigkeiten.

Vertreter der Firma Krusche & Ender nach Warschau berufen.

Der in der Firma Krusche und Ender in Pabianice ausgebrochene Konflikt interessiert auch ganz besonders die Zentralbehörden, die beschlossen haben, eine Konferenz mit den Vertretern der Firma nach Warschau zur Liquidierung des Konflikts einzuberufen. Im Zusammenhang hiermit begaben sich gestern die Vertreter der Firma nach Warschau, wo sie im Ministerium des Innern eine Beratung über die Angelegenheit abhalten werden, an der auch Vertreter des Arbeitsministeriums teilnehmen werden.

Nach der Rückkehr der Vertreter der Firma aus Warschau wird morgen eine Konferenz mit den Vertretern der Abeiter stattfinden, der auch Vertreter des Pabianicer Magistrats beiwohnen werden. Auch der Bezirksarbeitsinspektor Wojtkiewicz und Starost Wallas werden dieser Konferenz beiwohnen. (a)

Lohnkürzungen in den Großbetrieben.

Widzew kürzt um 20 bis 40 Prozent, Scheibler und Grohmann um 25 Prozent.

Nachdem der Lohnvertrag in der Textilindustrie erloschen ist und die Aktion der Arbeiterschaft auf Abschluß eines neuen Sammelvertrages durch das unsinnige Verhalten der sogenannten „Linksopposition" so elendiglich zusammengebrochen ist, haben die Industriellen ihren Nacken gestärkt und kürzen die Hungerlöhne der Arbeiter nach Herzenslust.

Gestern meldeten Delegierte der Fabrikarbeiter der Widzewer Manufaktur beim Bezirksrat der Berufsverbände, daß die Fabrikverwaltung die Löhne erheblich herabgesetzt hat. Die Arbeiter der Weberei waren bereits gekündigt und nunmehr wurde ihnen, nach Ablauf der Kündigungsfrist, der Lohn um 20 bis 40 Prozent herabgesetzt. Anfangs wollten die Arbeiter auf keine Lohnkürzung eingehen, da ihnen aber die Arbeitslosigkeit drohte, waren sie gezwungen, die neuen Bedingungen anzunehmen, wandten sich aber sofort an die Berufsverbände um Einspruch.

Auch bei Scheibler und Grohmann wurden den Arbeitern in der vorigen Woche die Löhne um etwa 25 Prozent gekürzt. Dazu kommt noch, daß die Löhne ebenso wie in den kleinen Fabriken nunmehr auch bei Scheibler und Grohmann in Raten ausgezahlt werden, wobei die Raten manchmal nur 3 Zloty betragen.

Kündigung im Elektrizitätswerk zum Zweck des Lohndruckes.

Wie wir erfahren, hat die Direktion des Lodzer Elektrizitätswerks allen Angestellten und Arbeitern gekündigt.

Der Kündigungstermin läuft bis zum 1. September. Im Laufe des August sollen den Angestellten und Arbeitern neue Arbeits- und Gehaltsbedingungen vorgelegt werden. Erst davon ist eine weitere Anstellung im Elektrizitätswerk abhängig. (b)

Deutsches Sängerbundesfest eröffnet.

Das Deutsche Sängerbundesfest, an dem auch Sänger aus Polen teilnehmen, wurde gestern mittags in Frankfurt a. M. eröffnet.

Vollständiger Stillstand im Manufakturwarenhandel.

Sowohl im Baumwoll- als auch im Wollwarenhandel war in der vergangenen Woche in Lodz das Geschäft sehr minimal. Die Kaufleute beschränkten sich auf die nur unbedingt notwendigen Einkäufe, so daß Abschlüsse nur auf geringe Summen zustande kamen. Nach Ansicht interessierter Kreise ist eine Belebung des Verkaufsgeschäfts erst Anfang September zu erwarten, da erst um diese Zeit die Wintersaison beginnen soll. (ag)

Kommissar Lopuszanski Direktor des Tabakmonopols?

Wie verlautet, soll der zur Zeit in Urlaub weilende ehemalige Direktor der Lodzer Krankenkasse, Lopuszanski, auf den Posten eines Direktors des Tabakmonopols in Warschau berufen werden. Ferner erfahren wir, daß mit der Versetzung des Kommissars Lopuszanski nach Warschau dessen Posten von dem höheren Beamten des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, Osiecki, eingenommen werden soll. (a)

Liquidierung der Schnapsfabrik in Lodz?

Wie verlautet, soll demnächst die staatliche Schnapsfabrik Nr. 3 in Lodz, die sich im Gebäude des ehemaligen russischen Monopols in der Rokicinskastraße 26 befindet, liquidiert werden. In Lodz ist die Eröffnung einer besonderen Schnapsverkaufsstelle en gros geplant. Die Liquidierung der staatlichen Schnapsfabrik Nr. 3 in Lodz wird im nächsten Monaten endgültig entschieden werden.

Sanierung der Lodzer Handelsbank.

Vorgestern abend fand in der Lodzer Handelsbank die Jahresgeneralversammlung der Aktionäre statt. Vertreten waren 85 Prozent der Aktien. Im Bankstatut wurden einige Aenderungen vorgenommen. Das Anlagekapital der Bank wurde auf 8 Millionen, bezw. 8,5 Millionen Zloty festgesetzt und ist in 32 354 bezw. 37 354 privilegierten und in 36 646 gewöhnlichen Aktien eingeteilt.

Anschließend wurde das Projekt der Vereinbarung mit den in- und ausländischen Gläubigern besprochen. Der Abschluß eines solchen Vertrages wurde den Herren Kernbaum, Pawlowski und R. Biedermann übertragen. Alle Beschlüsse wurden fast einstimmig gefaßt. Lediglich ein Aktienbesitzer, der 65 Aktien besitzt, stimmte gegen sämtliche Anträge. Die Form des Vertrages mit den Gläubigern wird in den nächsten Tagen ausgearbeitet werden. (p)

Fahrpreisermäßigung für Reisen nach Gdingen.

Am 31. Juli d. J. veranstaltet die See- und Kolonialliga in Gdingen einen Feiertag des Meeres, um das Streben der polnischen Gesellschaft zur Erhaltung des Meeresstrandes und Verbindung des Landes mit allen Ländern auf dem Wasserwege zu manifestieren.

Wie wir erfahren, hat die Verwaltung des Lodzer Knotenpunktes und die Abteilung der See- und Kolonialliga eine Mitteilung erhalten, wonach das Verkehrsministerium in Verbindung mit dem Feiertag des Meeres denjenigen große Vergünstigungen eingeräumt hat, die sich nach Gdingen begeben wollen, um an der Feier teilzunehmen. In der Verfügung des Verkehrsministeriums heißt es, daß jeder, der am 28., 29. und 31. Juli d. J. nach Gdingen fahren will, an der Eisenbahnkasse ein Vergünstigungsbillett erhalten kann, das ihn zur Reise nach Gdingen und zurück nach dem Wohnort berechtigt, wobei er nur 70 Prozent des normalen Tarifs nach einer Richtung zu bezahlen hat. Die Rückkehr auf Grund dieser Fahrkarte darf nur am 31. Juli, 1. und 2. August d. J. erfolgen. Bei der Abreise von Gdingen müssen die Fahrkarten an der Bahnhofskasse abgestempelt werden. Personen, die an den Feierlichkeiten in Gdingen teilgenommen haben, aber keine Rückreisekarte haben, können auf der Rückreise bis zu ihrem Wohnort eine 80prozentige Vergünstigung der normalen Fahrpreise erhalten. Diese Ermäßigung erlangt man auf Grund einer Bescheinigung der See- und Kolonialliga, die im Einvernehmen mit der Bezirksdirektion der Eisenbahn in Danzig ausgestellt wird. Unterbrechungen der Reise dürfen dabei indeß nicht vorkommen.

Wie bekannt, findet um dieselbe Zeit, und zwar vom 23. bis 31. Juli, in Danzig die Internationale Luftpostausstellung statt, verbunden mit einer Zeppelinlandung am 31. Juli und einem großen Kunstflugtag.

Unfälle bei der Arbeit.

In der Fabrik von Eisert in der Karolastraße 19 kam gestern der dort wohnhafte Richard Wagner mit einer Starkstromleitung in Berührung. Wagner erhielt einen solchen Schlag, daß die Rettungsbereitschaft zur Hilfe herbeigerufen werden mußte. — Im Sägewerk in der Pabianicka 29 geriet der dort wohnhafte Waclaw Karulak mit der Hand in die Bandsäge, die ihm drei Finger absägte und schwere Verletzungen am Arm beibrachte. Der Verletzte wurde von der Rettungbereitschaft in das Bezirkskrankenhaus übergeführt. (p)

Verunglückter Maurer.

Auf dem Grundstück 6-go Sierpnia 42 fiel gestern der daselbst wohnhafte 62jährige Maurer Theodor Häbler bei der Ausbesserung des Putzes am Hause von einer Leiter und zog sich Verletzungen des ganzen Körpers zu. (a)

Trauriger Ausgang einer Kahnpartie.

Der Petrikauer 82 wohnhafte 28jährige Aleksander Zolczak begab sich vorgestern in das Dorf Zielniki, Gem. Kurek, Kreis Sieradz, um seine dort auf Sommerwohnung weilende Braut, die 21jährige Eleonora Wozniak, zu besuchen. Als das junge Paar gestern auf der Warthe eine Kahnpartie machte, schlug plötzlich der Kahn um und beide fielen ins Wasser. Während Zolczak schwimmend das Land erreichen konnte, ertrank seine Braut. (p)

Einbrecher auf frischer Tat ertappt.

Das in der Karola 8 wohnhafte Ehepaar Wislicki hatte sich vor einiger Zeit auf Sommerwohnung begeben. Gestern früh bemerkte das Dienstmädchen der Nachbarn, daß die Tür zu der Wohnung des Ehepaares Wislicki offensteht. Sie schlug Lärm, der zur Folge hatte, daß ein vor dem Tore stehender Mann die Flucht ergriff. Gleich darauf erschien am Fenster der im ersten Stock gelegenen Wohnung ein zweiter Mann, der herabsprang, aber auf dem Bürgersteig liegen blieb, da er sich den Fuß verrenkte. Er wurde festgenommen und stellte sich als der 31jährige Schmul Elbinger aus Warschau heraus. Bei ihm wurde eine Spezialaktentasche gefunden, in der sich präzisiertes Einbrecherwerzeug befand. Der Festgenommene erklärte, daß er zu Gastauftritten nach Lodz gekommen sei. Er habe hier einen Mann kennen gelernt, der ihm Arbeit zuweisen wollte und der auch vor dem Hause Wache gestanden habe. Den Namen des Mannes kenne er nicht. (p)

Unfall oder Verbrechen?

Der 32jährige Heinrich Liebich, Petrikauer 184 wohnhaft, der mit seiner Frau Gertrud in Pioronow, Gem. Kuchery, Kr. Konin auf Sommerwohnung weilt, schoß gestern aus einem Flobertgewehr auf ein Eichhörnchen. Er schoß jedoch daneben und traf seine Frau in den Kopf. Sie wurde so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Liebich wurde bis zur Aufklärung des Falles zwangsgestellt. (p)

Der Hunger.

Der aus Tschenstochau auf der Suche nach Arbeit in Lodz eingetroffene Kazimierz Mientkowski brach auf der Lutomierskastraße von Entbehrung zusammen. Nachdem der Arzt der Rettungsbereitschaft ihm die erste Hilfe erwiesen hatte, überführte er ihn nach der städtischen Krankensammelstelle. (a)

Aus Lebensüberdruß feingestampftes Glas genossen.

Im Hause Olszowa 4 verübte der 35jährige Karl Nitsche, der seit seit längerer Zeit beschäftigungslos war, einen Selbstmordversuch, indem er, als er sich gerade allein in der Wohnung befand, Glas fein zerstampfte und verzehrte. Der Lebensmüde wurde in bewußtlosem Zustande aufgefunden und die Rettungsbereitschaft herbeigerufen, deren Arzt ihn in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause überführte.

In der Bedürfnisanstalt am Leonhardtschen Ringe verübte die obdach- und beschäftigungslose Walentyna Owczarek durch den Genuß von Sublimat einen Selbstmordversuch. Der herbeigerufene Arzt der Rettungsbereitschaft nahm bei der Lebensmüden eine Magenspülung vor und überführte sie in ernstem Zustande nach dem Radogoszczer Krankenhause. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Danzer, Zgierska 57; W. Groszkowski, 11-go Listopada 15; S. Gorfeins Erben, Pilsudskiego 54; S. Bartoszewski, Piotrkowska 164; R. Rembielinski, Andrzeja 28; A. Szymanski, Przendzalniana 75.



Lord Plumer,

britischer Feldmarschall, der ehemalige Gouverneur von Malta und Kommissar von Palästina, ist im Alter von 78 Jahren gestorben

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Ortsgruppe Chojny.

Am Sonnabend, den 23. Juli, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Rysia 36, eine

Mitgliederversammlung

der Ortsgruppe Chojny der D.S.A.P. statt. Auf der Tagesordnung stehen neben anderen wichtigen Fragen der Bericht über die Schulaktion der Ortsgruppe sowie der Bericht vom VIII. Bezirksparteitag.

Es ist erforderlich, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen.

Der Vorstand der Ortsgruppe Chojny.

Sport.

Netzballstädtekampf Lodz — Warschau.

Am 25. September findet ein „Tag des PZGS" statt, an welchem Tage in Lodz ein Netzballspiel zwischen den Repräsentationen von Lodz und Warschau ausgetragen werden soll. Anfang September beginnen die Bezirksmeisterschaftsspiele. Am 10. September trifft sich der Meister von Lodz IKP mit den Meistermannschaften von Posen und Thorn in Thorn, wo der Bezirksmeister ermittelt werden soll.

Große Boxkämpfe in Warschau.

Im Monat August soll in Warschau wieder ein großer internationaler Berufsboxabend stattfinden. An ihm sollen nicht weniger als fünf Ausländer in den Ring steigen, darunter die Deutschen Volkmar, Urban (Berlin) und Schiller (Hannover).

Hilfs-Olympia in Chicago.

Nach Abschluß der offiziellen Wettkämpfe in Los Angeles soll in Chicago ein großes leichtathletisches Meeting durchgeführt werden. Da sechzig Prozent der Einnahmen an die ausländischen Olympia-Mannschaften zur Verteilung kommen werden, haben sofort Deutschland, Finnland, England, Schweden, Italien, Frankreich, Polen, Irland und Kanada ihre Beteiligung an den Kämpfen im Soldiersfield-Stadion zugesagt. Einen kleinen Zuschuß zu den großen Expeditonskosten wollen sich vor allem die europäischen Nationen nicht entgehen lassen. Und die geschlagenen Favoriten haben postwendend Gelegenheit zur Revanche, d. h. sofern sich die Olympioniken der Gefahr aussetzen, vor ihrer Heimkehr geschlagen zu werden.

Pistulla wieder in Aktion.

Die Premiere der Deutschen Sportgemeinschaft der Boxer am Dienstag im Friedrichshain war recht gut besucht. Als Hauptnummer des Programms war ein Schaukampf des deutschen Halbschwergewichtsmeisters Pistulla mit dem Berliner Rieg vorgesehen. Diesem Kampf ist wohl auch der gute Besuch zuzuschreiben. Pistulla präsentierte sich in körperlicher Hinsicht in ausgezeichneter Verfassung, ließ aber trotzdem merken, daß er eine lange Pause hinter sich hatte. In Deckung und Angriff war er noch sehr langsam, so daß der Berliner mehrmals zum Schlage kam. Doch deuteten verschiedene schnelle Rechte und Linke und Uppercuts die ehemalige Kampfkraft des deutschen Meisters an. Schon in der ersten Runde muß Pistulla mehrere Gerade und Haken nehmen, ebenfalls in der zweiten Runde. Pistulla legte sich außerdem große Reserve auf, so daß man unmöglich ein klares Urteil über sein jetziges Können fällen konnte.

Aus dem Reiche.

Zwei Städte unter dem Hammer.

Sulejow und Belchatow ohne Aufsicht.

Das Lodzer Wojewodschaftsamt erhielt die Mitteilung, daß der Gerichtsvollzieher die beweglichen und unbeweglichen Habe der Städte Belchatow und Sulejow mit Beschlag belegt habe. Beide Städte, die nur sehr geringe und schwer eintreibbare Einkünfte haben, sind bereits seit einigen Wochen vollkommen untätig. In beiden Städten sind die Stadträte dekomplettiert, die Bürgermeister kommen überhaupt nicht mehr in den Magistrat. Es kann also gesagt werden, daß beide Städte herrenlos sind und niemand für sie die Verantwortung trägt.

In beiden Städten sollten bereits Regierungskommissare eingesetzt werden, doch lassen sich hierfür keine Kandidaten finden. Würde es sich hier um fette Posten handeln, so würden sich wohl viele Sanacjagrößen finden. Da es aber hier eine schwere Arbeit zu leisten gibt, so drücken sie sich halt.

Ruda-Pabianicka ohne Licht.

Die Folgen der verschwenderischen Wirtschaft der früheren Bürgermeister.

Bereits wiederholt haben wir die katastrophale Lage der Stadt Ruda-Pabianicka erörtert, in die die Stadt durch die verschwenderische Wirtschaft der früheren Bürgermeister Dr. Boguslawski und Adam Latkowski gestürzt worden ist. Die Folgen dieser Verschwendung waren Schulden, die die Höhe von einigen hunderttausend Zloty erreichten und das Budget sowie das Vermögen der Stadt um das zweifache überstiegen.

Von diesen Rückständen ist derjenige für die Beleuchtung der Stadt am brennendsten. Das Lodzer Elektrizitätswerk stellte daher noch im vorigen Jahre das Licht ab, indem es die Begleichung der Rückstände im Betrage von 36 000 Zloty verlangte. Der gegenwärtige Magistrat milderte diese Schuld insofern, als er bereits 6000 Zloty abzahlte. In der vorigen Woche schaltete aber das Elektrizitätswerk das Licht wieder aus und erklärte, nicht länger auf die Begleichung des Betrages von 30 000 Zloty warten zu können. Da zur Zeit Sommerfrischler in Ruda-Pabianicka weilen, so kann die öffentliche Sicherheit in den Straßen der Stadt nicht gewährleistet werden.

Der Magistrat hat nun energische Bemühungen im Elektrizitätswerk unternommen, damit die Zuführung des elektrischen Stromes gesichert werde. Heute soll im Elektrizitätswerk mit Beteiligung der Aufsichtsbehörden eine Konferenz stattfinden, wobei zu hoffen ist, daß die Beleuchtungsfrage der Straßen von Ruda-Pabianicka noch in dieser Woche geregelt werden wird. (a)

Eine geheime Schnapsbrennerei im unterirdischen Gang.

Das Petrikauer Akzise- und Monopolamt hatte in letzter Zeit die sonderbare Beobachtung gemacht, daß die einzelnen Wein- und Spirituosenhandlungen sehr große Umsätze machen, beim Spiritusmonopol aber nur geringe Mengen entnehmen. Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß diese Geschäfte ihre Vorräte aus einer geheimen Schnapsbrennerei beziehen, die vorzüglich arbeitete. Der Schnaps war gut und wies die vorschriftsmäßige Stärke auf, die Flaschen waren gut verkorkt und mit den Monopolkapseln versiegelt. Die weitere Untersuchung ergab, daß die geheime Schnapsbrennerei auch Bierhandlungen und Gastwirtschaften belieferte. Es gelang, einige Vermittler festzunehmen, die sich mit dem Verkauf des Schnapses befaßten. Aus deren Aussagen ging hervor, daß sich die Brennerei im Dorf Klementynow, Gemeinde Lenczno, Kreis Petrikau, in dem Anwesen des Bauern Johann Eigelt befindet. Dorthin wurde ein größeres Polizeiaufgebot entsandt, das eine eingehende Haussuchung vornahm. Es konnte jedoch nichts gefunden werden, auch war der charakteristische Spiritusgeruch nicht zu verspüren. Als die Beamten bereits unverrichteter Sache fortgehen wollten, richtete einer von ihnen die Aufmerksamkeit auf eine in den Dörfern übliche Kartoffelkate. Diese besteht in einer Erdvertiefung, die mit Geäst und Sand zugedeckt ist. Als einige Polizisten diesen Keller betraten, fanden sie einen versteckten Eingang zu einem unterirdischen Gang, der sehr lang und geräumig war und am Ufer eines Teiches mündete. In diesem Gang fand man die ganze Brennereieinrichtung. Es wurden 1500 leere Flaschen, 700 Flaschen Schnaps, 400 Flaschen Spiritus, Destillierapparate, Lack, Korken, Bleihülsen zur Verkapselung der Flaschen usw. aufgefunden. Eigelt und sein Nachbar Karl Dorok, auf dessen Besitz der unterirdische Gang auslief, wurden verhaftet. Die Untersuchung wird fortgesetzt, da es sicher ist, daß die beiden Helfershelfer gehabt haben müßten. (p)

Geisteskranke sieben Jahre eingesperrt.

Dieser Tage wurde von dem Polizeiposten im Dorfe Mierucin, Kreis Mogilno, bei Inowroclaw, eine schaurige Entdeckung gemacht. Die Besitzerin einer 270 Morgen großen Wirtschaft, Frau Katarzyna Fojutowska, hielt ihre geisteskranke 30jährige Tochter Kazimiera seit sieben Jahren gefangen. In unbeschreiblichem Zustande wurde die Kranke in zerrissener schmutziger Wäsche auf einem Strohhaufen aufgefunden. Die gefühllose Mutter behauptet, kein Geld zur Unterbringung der Kranken in einer Anstalt zu haben. Die Angelegenheit wurde dem Gericht übergeben.

Ueberschwemmung bringt Verbrechen an den Tag

Die nackte Leiche einer Frau ans Ufer geschwemmt. — Der Gatte als Mörder verhaftet

Vor einigen Tagen erhielt das Lodzer Untersuchungsamt aus Tomaschow einen Bericht, auf Grund dessen die in der Rokicinska 98 wohnhafte 25jährige Stefanja Kudel verhaftet wurde. Die Ursache für diese Verhaftung ist äußerst sensationell.

Während der letzten Regengüsse ist die Pilica an mehreren Stellen über die Ufer getreten und hat weite Strecken Land unter Wasser gesetzt. Nachdem das Wasser wieder in das Bett des Flusses zurückgeflossen war, blieben auf den Feldern große Pfützen zurück, in denen auch Fische zu finden waren. Diesen Umstand benutzte die Dorfjugend, um auf Fischfang auszugehen. Als auch eine Gruppe Burschen aus dem Dorf Rzeczyca eine solche Pfütze aufsuchte, trat einer der Jungen auf etwas Weiches. Die Burschen eilten sofort ins Dorf und benachrichtigten die Bauern, die mit Stangen ausgerüstet die Pfütze absuchten.

Dabei zogen sie die Leiche einer völlig nackten Frau heraus.

Die von dem Fund in Kenntnis gesetzte Polizei stellte sofort Nachforschungen an, doch konnte der Name der Frau nicht festgestellt werden, da sie niemandem bekannt war. Erst nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß es sich um die 27jährige Walerja Broniasz, die Frau eines reichen Bauern aus dem Dorfe Rozdzienia, handelt. Als Broniasz auf den Polizeiposten gerufen wurde, erklärte er kalt, er wisse nicht, was seine Frau tue. Er habe sich mit ihr verzankt, worauf sie erklärt habe, zu ihren Eltern gehen zu wollen. Als man ihm mitteilte, daß seine Frau tot sei, erwiderte er, daß sie wahrscheinlich ertrunken (!) sei.

Inzwischen hatte aber die Polizei in Erfahrung gebracht, daß Broniasz wiederholt geäußert hatte,

er wolle seine Frau beiseite schaffen.

Er wurde deshalb verhaftet und auf seinem Gehöft eine Haussuchung vorgenommen. Dabei wurde ein Schuh gefunden, der zu dem paßte, den die Tote am Fuß hatte. Ferner fand man ein zerrissenes Frauenkleid. Da die Tote zahlreiche Kratzwunden am Körper hatte, war es klar, daß sie sich vor ihrer Ermordung gewehrt hatte. Kurze Zeit nach dem Verschwinden der Broniasz hatte sich auf dem Gehöft die Kudel eingefunden, die sofort nach Lodz zurückfuhr, als Broniasz auf den Polizeiposten beordert wurde.

Die Nachbarn sagten aus, daß

das Ehepaar in Unfrieden gelebt

habe, obgleich Broniasz eine sehr reiche Mitgift erhalten hatte. Er mißhandelte seine Frau sehr oft, so daß diese wiederholt bei den Nachbarn Schutz suchen mußte.

Als Broniasz hierauf in ein Kreuzverhör genommen wurde, bekannte er sich schließlich dazu, seine Frau ermordet zu haben. Am kritischen Tage habe er in der Suppe einen Knochen gefunden. Dies habe ihn so aufgeregt, daß er seine Frau geschlagen habe. Als diese Widerstand leistete, habe er sie

in die Scheune geschleppt und mit einem Strick erwürgt.

Um die Spuren zu verwischen, habe er die Leiche in die Pilica geworfen. Außerdem habe er der Frau die Hände zusammengebunden, damit sie sich nicht durch ein Wunder retten könne.

Der Mörder wurde ins Gefängnis eingeliefert. Die Kudel wurde verhaftet, da der Verdacht besteht, daß sie an dem Verbrechen mitbeteiligt ist. (p)

200 Fleischvergiftungen

In dem Städtchen Margoniec im Posenschen sind etwa 200 Personen an schweren Fleischvergiftungen erkrankt worden. Bei vielen besteht Todesgefahr. Es soll sich um nichtuntersuchtes Fleisch handeln, das in einem bestimmten Laden verkauft wurde. Ein Sonderausschuß aus Posen hat eine Untersuchung eingeleitet.

Knabe am lebenden Körper verbrannt.

Im Dorf Unikow, Gem. Barszczewice, Kreis Lask, entstand vorgestern im Anwesen des Bauern Stefan Maciejewski ein Brand, der sämtliche Gebäude vernichtete. Der 6jährige Sohn des Bauern, Zygmunt, trug dabei so schwere Brandwunden davon, daß er auf dem Wege nach dem Krankenhause starb. Die Untersuchung ergab, daß das Feuer infolge schlechter Beschaffenheit eines Kamins ausgebrochen ist. Der Schaden beträgt 10 000 Zloty(p)

Konstantynow. Fabrikbrand. Gestern früh um 8 Uhr brach in der Weberei von Theodor Stöhr in der Zgierska-Straße 32 Feuer aus, das sich so schnell ausbreitete, daß die Arbeiter von einer Panik erfaßt wurden. Sie ergriffen in wilder Eile die Flucht und ließen ihre Sachen im Stich. Der Konstantynower Feuerwehr gelang es erst nach mehrstündiger Arbeit, den Brand zu unterdrücken. Der zweite Stock und das Dach wurden vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich. Bisher konnte die Ursache des Brandes nicht ermittelt werden. (p)

Wielun. Ein Bauernanwesen niedergebrannt. Im Dorfe Ostrzeszyn, Kreis Wielun, brannte das Anwesen des Marcin Rojek vollständig nieder. Den Flammen fiel das Wohnhaus, 2 Ställe, die Scheune und drei Schuppen mit lebendem und totem Inventar zum Opfer. Während der Löscharbeiten trug der Sohn Rojeks, Stanislaw, bedenkliche Brandwunden davon, so daß er nach dem Kreiskrankenhause gebracht werden mußte. Der durch das Feuer verusachte Schaden beläuft sich auf 32 000 Zloty. Die Usache des Brandes ist auf unvorsichtigen Umgang mit Feuer zurückzuführen. (a)

Kalisch. Blitz schlägt in eine Abteilung Soldaten. Während eines Gewitters, das vorgestern über den Kalischer Kreis niederging, schlug der Blitz in eine durch das Dorf Koscielna marschierende Abteilung der 6. Kompanie des 29. Kan. Schützenregiments ein. Ein Soldat wurde getötet und zwei schwer verletzt. Die Verletzten wurden in das Militärkrankenhaus in Kalisch übergeführt. (p)

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

Pastorwahl in der Radogoszczer Kirchengemeinde. An den jetzt kommenden zwei Sonntagen werden im Bethause zu Radogoszcz die Herren Pastoren, die sich für die Pastorstelle in Radogoszcz gemeldet haben, ihre Probepredigten abhalten, und zwar: am Sonntag, den 24. d. Mts., Herr Pastor A. Bittner aus Dombie und am Sonntag, den 31. d. Mts., Herr Pastor-Vikar A. Schmidt aus der St. Trinitatis-Gemeinde zu Lodz. Am Tage der zweiten Probepredigt wird dann sofort die Wahl des Pastors vorgenommen werden. Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen (Witwen, sowie Frauen, die andersgläubige Männer haben), die in die Liste der Gemeinde eingetragen und ihren Kirchenbeitrag bezahlt haben, wobei die nachweislich arbeitslosen Gemeindeglieder hinsichtlich der Bezahlung ihrer Beiträge für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit Berücksichtigung finden. Die Liste liegt beim Kirchenvorsteher Herrn Zahnarzt Fritz Döring, Zgierska 148, aus, wo sie bis zum 30. d. Mts. von den Gemeindegliedern eingesehen werden kann. Die arbeitslosen Gemeindeglieder werden gebeten, zur Wahl, der eine Kontrolle der wahlberechtigten Gemeindeglieder vorangehen wird, eine Bescheinigung über ihre Arbeitslosigkeit mitzubringen.

Radio-Stimme.

Freitag, den 22. Juli.

Polen.

Lodz (233,8 M.).
11.58 Zeitzeichen, Krakauer Fanfare, 12.05 Programmdurchsage, 12.10 Presseumschau, 12.40 Wetterbericht, 12.45 Schallplatten, 15.35 Schallplatten, 16.35 Bericht des Zentralen Hydrographischen Instituts, 16.40 „Die goldbringende Raupe", 17 Populäres Konzert, 18 Vortrag, 18.20 Leichte Musik, 19.15 Verschiedenes, 19.35 Radiopressejournal, 19.45 Bericht der Lodzer Industrie- und Handelskammer, Programmdurchsage, Theaterrepertoire, 20 Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters, 21.50 Zugabe zum Radiopressejournal, 21.55 Wetterbericht für den Flugverkehr, 22 Tanzmusik, 22.[illegible] Sportbericht, 22.50 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.).
6.20 Schallplatten, 11.30 Solistenkonzert, [illegible] Schallplatten, 15.45 Alte Volksweisen, 18.25 Unterhaltungsmusik, 20.20 Unterhaltungsmusik, 21.10 Orchesterkonzert, 22.30 Tanzmusik.

Königswusterhausen (983,5 kHz, 1635 M.).
6.20 Schallplatten, 12.05 Schallplatten, 14 Schallplatten, 15 Jungmädchenstunde, 18 Serenadenmusik, 20.30 Konzert, 23 Nachtmusik.

Langenberg (635 kHz, 472,4 M.).
7.05 Konzert, 12 Schallplatten, 13.30 Konzert, 17.30 Jugendfunk, 20.30 Konzert, 21 Hörspiel: „Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Rembrandt", 23 Nachtmusik.

Wien (581 kHz, 517 M.)
11.30 Konzert, 12.40 Schallplatten, 13.10 Schallplatten, 15.20 Frauenstunde, 16.50 Konzertstunde, 20.15 Orchesterkonzert, 22.15 Zigeunermusik.

Prag (617 kHz, 487 M.).
11 Schallplatten, 12.15 Schallplatten, 12.30 Tanzmusik, 13.40 Schallplatten, 14.30 Nachmittagskonzert, 19 Lieder von Gretschaninow, 19.20 Klarinettenvorträge, 20.05 Tschechischer Unterhaltungsabend aus früheren Zeiten, 21.35 Konzert auf der singenden Säge, 22.30 Schallplatten.

Sinfoniekonzert.

Heute, Freitag, um 20 Uhr, übernimmt der Lodzer Sender aus Warschau ein Konzert des Warschauer Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Gregor Fitelberg. Im Programm des Konzerts die Ouvertüre von Roman Statkowski zu der Oper „Marja", die Es-dur-Sinfonie von Mozart, die sinfonische Dichtung „Mazeppa" von Franz Liszt (nach der Dichtung gleichen Namens von Byron) und „Spanische Kaprice" von Rimskij-Korsakow. Mit Begleitung des Orchesters wird die Pianistin Marja Wilkomirska die karnevalistisch-phantastische Burleske von Richard Strauß spielen.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Lodz-Süd. Von der Leihbibliothek. Die unentgeltliche Verleihung von Büchern findet jeden Donnerstag von 7 bis 8 Uhr abends statt. Der Bibliothekar.